

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 kritisiert Rolf Schwanitz die **unseriöse Schaufensterpolitik von Schwarz-Gelb beim Verbraucherschutz**. Außerdem ist hier das **Vogtlandkolleg in Plauen** Thema.

Um **den Fall Guttenberg** geht es im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2.

Die **Schließung des Thor-Steinar-Ladens in den Plauener Kolonnaden** fordert Rolf Schwanitz auf Seite 3. Festgestellt wird hier auch, dass **Schwarz-Gelb nicht mit Geld umgehen kann**.

Auf der letzten Seite **fordert Rolf Schwanitz, die Altersteilzeit zu erhalten**. Und die **frechen Strolche** machen sich **Gedanken über Wunschzettel zu Weihnachten**.

Kurz gemeldet

Mehr Öko-Umsatz
Unternehmen in Sachsen konnten 2007 ihren Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz auf ca. 1,8 Milliarden Euro (um 34,3 Prozent) steigern.

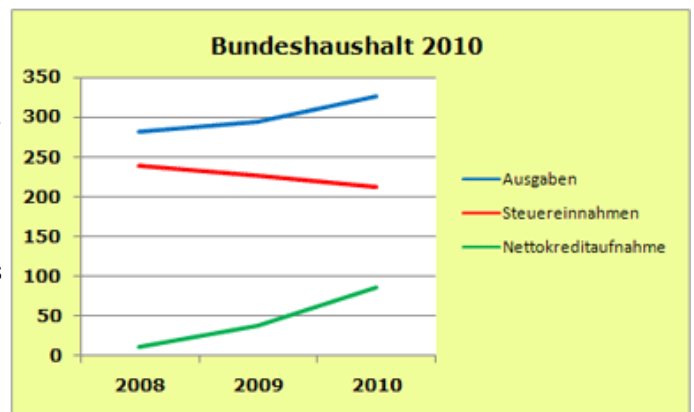
Auszeichnung für Merkel
Die International Diving-Association hat **Angela Merkel** zur Taucherin des Jahres ernannt. Die Auszeichnung wurde vergeben, weil Merkel in bisher unerreichter Länge in Sachen Koalitionstreit, Jung und Kundus abgetaucht ist.

Rolf Schwanitz jetzt im Haushaltsausschuss



Das Haushaltsrecht gilt als das Königsrecht des Parlaments. Damit ist nicht mehr und nicht weniger gemeint als die Tatsache, dass der Deutsche Bundestag bei keinem anderen Thema gegenüber der Regierung eine so starke Stellung hat, wie bei Fragen des Bundeshaushalts. Das ständige Organ, welches sich das Parlament für diese Aufgabe geschaffen hat, ist der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Er ist der größte ständige Ausschuss im Parlament. Seine Aufgabe besteht regelmäßig darin, die jeweiligen Haushaltsgesetze des Bundes zu beraten und den Haushaltsvollzug zu

überwachen und parlamentarisch zu überprüfen. Auch jedes andere Gesetz, das eine finanzielle Auswirkung hat, muss mindestens zur Mitberatung auch den Haushaltsausschuss passieren. All dies verleiht dem Haushaltsausschuss im Parlament eine besondere Stellung. Denn es geht in der Regel stets um viel Geld. Natürlich wird auch im Haushaltsausschuss, wie in jedem anderen Ausschuss des Parlamentes, bei Streitfragen nach den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen entschieden. Deshalb gibt es auch im Haushaltsausschuss seit der Bundestagswahl eine schwarz-gelbe Mehrheit. Dennoch ist die Kollegialität der Mitglieder im Haushaltsausschuss auch über Fraktionsgrenzen hinweg wichtig und unübersehbar. Zum einen geht es beim Haushalt nicht selten um wichtige und äußerst komplizierte Sachverhalte. Zum anderen erzwingt die Haushaltskontrolle mitunter ein geschlossenes Auftreten der "Haushälter" gegen einzelne Ministerien auch über Fraktionsgrenzen hinweg. Es wundert deshalb nicht, dass die Fraktionen sehr sorgsam darüber entscheiden, wen sie in dieses wichtige Parlamentsgremium entsenden, denn die Warteliste auf eine Mitgliedschaft im Haushaltsausschuss ist lang. In der Regel sind es die älteren und erfahreneren Abgeordneten, die Mitglied in diesem wichtigen Gremium werden. Rolf Schwanitz wurde nun nach den Bundestagswahlen von der SPD als ordentliches Mitglied in den Haushaltsausschuss entsandt. "Ich begreife dies sehr wohl als eine Auszeichnung und werde meine langjährige Erfahrung in Regierung und Opposition in diese wichtige Tätigkeit einbringen", so Rolf Schwanitz zu seiner neuen Berufung. Im Ausschuss übernimmt Rolf Schwanitz für die SPD bei zwei Ministerien die sogenannte Berichterstattung. Dies sind das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Das sind zwei spannende Ressorts, so Rolf Schwanitz weiter, deren Tätigkeit auch Auswirkungen in meinem Wahlkreis hat.



CDU, CSU und FDP treiben die Verschuldung des Bundes auf neue Rekordmarken (Angaben in Mrd. Euro)

Vogtlandkolleg Plauen: Schavan signalisiert Unterstützung



Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan ist der Auffassung, dass an der Aufrechterhaltung und Sicherung von Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges ein bedeutendes bildungspolitisches Interesse besteht. Deshalb ist sie grundsätzlich bereit, das Engagement des vogtländischen Bundestagsabgeord-

neten Rolf Schwanitz (SPD) bei der Sicherung des Vogtlandkollegs in Plauen zu unterstützen. Das hat sie Rolf Schwanitz mitgeteilt, der sie in der Angelegenheit

am 12. November 2009 angeschrieben hatte. Die Bundesministerin zeigte sich offen für eine Abkehr vom Ausbildungsstättenprinzip. Dies würde die beim Vogtlandkolleg Plauen vorliegende Problematik beseitigen. Sie verwies jedoch darauf, dass sich zunächst die Länder zu dieser Frage positionieren müssten. "Ich

sehe hier zunächst die Länder selbst gefordert, ihre Bewertung der schulorganisatorischen Notwendigkeiten und deren Relevanz für das Ausbildungsförderungsrecht aktuell nochmals zu überprüfen. Einer etwaigen einmütigen Neubewertung durch die Länder würde ich mich dann in der Tat auch nicht verschließen wollen.", so Schavan. Die Bundesbildungsministerin wies auch darauf hin, dass die Frage der Abkehr vom Ausbildungsstättenprinzip auf der nächsten Sitzung der Vertreter der obersten Bundes- und Landesbehörden für Ausbildungsförderung (OBLBAfö) noch im Dezember 2009 erörtert wird.

Kurz kommentiert

Der Fall Guttenberg

Karl-Theodor zu Guttenberg wird zur echten Belastung in der schwarz-gelben Koalition. Gestartet ist er als Shooting-Star der Konservativen in Deutschland. Allerdings nicht aus eigener Leistung, sondern weil ihn das Versagen Anderer in stets neue Ämter getragen hat. Wegen Becksteins Sturz wurde er Generalsekretär. Das Versagen von Michel Glos trug ihn ins Amt des Wirtschaftsministers. Jungs peinlicher Rückzug setzte ihn auf den Stuhl des Verteidigungsministers. In keinem einzigen dieser Ämter musste sich Guttenberg bisher ins kurze Gras begeben. Er verwechselte die "Kernerarbeit" mit einer Talkshow und gefiel sich selbst in netter Performance. Es liegt deshalb nahe, dass auch bei der Entlassung von Wichert und Schneiderhan der äußere Effekt Motiv des Handels war. Guttenberg gab den schneidigen Minister, um für jeden sichtbar neben dem lahmen Vorgänger zu strahlen. Deshalb muss nun geklärt werden, ob der junge Baron das Parlament belogen und den obersten Soldaten des Landes zu unrecht entlassen hat.

Rolf Schwanitz



Unseriöse Schaufensterpolitik

Am vergangenen Mittwoch entschied der Haushaltsausschuss gegen die Stimmen der SPD, 50 Millionen Euro zum Aufbau von Stiftungskapital für die Stiftung Warentest freizugeben. Der zuständige Berichterstatter im Haushaltsausschuss, Rolf Schwanitz, erklärte dazu: "Damit macht Schwarz-Gelb wieder einmal Politik fürs Schaufenster, anstatt die

wahren Probleme bei der Finanzierung der Verbraucherarbeit anzupacken. Bundesministerin Aigner scheint es egal zu sein, wo den Verbraucherorganisationen wirklich der Schuh drückt. Stattdessen wird beschlossen, was sich gut verkaufen lässt." Schwanitz findet es zwar positiv, wenn das Stiftungskapital erhöht wird, um die Stiftung unabhängiger von den Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt zu machen. Jedoch: Die Finanzierung der Stiftung Warentest wurde in den letzten Jahren von niemandem in Frage gestellt, die

Gelder für die Verbraucherzentralen und ihren Bundesverband aber schon. Zudem bringt der Beschluss verbraucherpolitisch wenig, da gleichzeitig die jährlichen Zuwendungen für die Stiftung gekürzt werden. Der Haushaltsausschuss hatte die Gelder 2008 qualifiziert gesperrt, weil zunächst eine gründliche Evaluation der Finanzierungsmodelle für die gesamte Verbraucherarbeit abgewartet werden sollte. Das Gutachten hierzu empfiehlt, eine Stiftung zur Finanzierung der Arbeit der Verbraucherzentralen und ihres Bundesverbandes zu errichten, aber keine Erhöhung des Stiftungskapitals der Stiftung Warentest. Dass der Haushaltsausschuss gestern trotzdem die Mittel für die Stiftung Warentest freigegeben hat, ist ignorant und unseriös.



Bundesministerin Aigner im Gespräch mit Gerd Billen, dem Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband (Foto: Holger Gross)

Schwanitz für Schließung des Thor-Steinar-Ladens in den Plauener Kolonnaden



bald zu schließen. Plauen darf nicht zum Magnet für Neonazis werden! Mit Nazis macht man keine Geschäfte. Das richtet sich gegen jeden Bürger." Auch andernorts gibt es den Versuch,

Nachdem bekannt wurde, dass ein Thor-Steinar-Laden in den Plauener Kolonnaden eröffnet wurde, führte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz Gespräche mit dem Centermanager und machte sich vor Ort ein Bild. Sein Fazit war danach klar: "Das Betreiben eines Thor-Steinar-Ladens im Zentrum von Plauen ist ein Skandal. Ich fordere, den Nutzungsvertrag mit dem Naziszene-Laden umgehend zu beenden und ihn

-Läden den Vertrieb der identitätsstiftenden Erkennungszeichen der Neonazis im ganz normalen Einzelhandel zu etablieren. Wenn der Konflikt aufbricht, versuchen die Vermieter der Verkaufsräume dann in vielen Fällen, die Ladenmieter wieder loszuwerden. Inzwischen gibt es auch mehrere Gerichtsurteile, die besagen, dass in solchen Fällen eine arglistige Täuschung vorliegt und der Mietvertrag deshalb wirksam angefochten werden kann. Vor die-

sem Hintergrund wandte sich Rolf Schwanitz an den in Luxemburg ansässigen Eigentümer der Plauener Kolonnaden, informierte ihn über die Gespräche mit dem Centermanager und forderte die Schließung des Thor-Steinar-Ladens. Der Eigentümer hat sich inzwischen bei Rolf Schwanitz bedankt und mitgeteilt, dass er seine Bedenken teilt und die rechtlichen Möglichkeiten prüfen wird, den Mietvertrag mit dem Thor-Steinar-Laden zu beenden. Schwanitz begrüßte die schnelle und klare Reaktion des Eigentümers und sagte: "Ich freue mich über die positive Reaktion des Eigentümers und hoffe, dass er seinen Ankündigungen bald Taten folgen lässt. Ich werde jedenfalls weiter am Ball bleiben."

Kurz gemeldet

Kommunalkombi: Nun müssen Taten folgen!

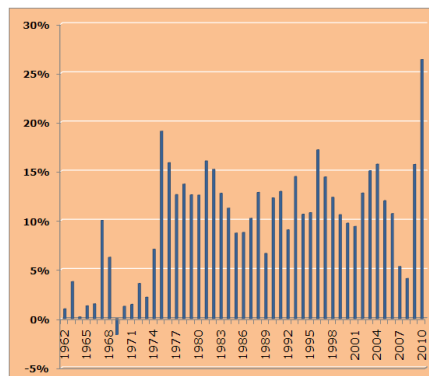
Rolf Schwanitz kritisiert die beabsichtigte Einstellung des sogenannten Kommunalkombi als unverantwortlich. Er erklärt dazu: "Ich begrüße ausdrücklich die klare Positionierung der CDU-Vogtland für die Fortsetzung des Kommunalkombi auch über 2009 hinaus. Durch den Kommunalkombi haben viele Langzeitarbeitslose auch im Vogtland wieder eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden. Mit einer Presseerklärung der Union allein ist es jedoch nicht getan. Die markigen Worte der Vogtland-CDU müssen nun auch Folgen haben. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten der CDU aus dem Vogtland, die sowohl in Dresden als auch in Berlin zur jeweiligen Regierungskoalition gehören, müssen jetzt auch für die Fortsetzung dieser wichtigen Förderung sorgen."

Ohrfeige für die neue Bundesregierung

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat im November sein Jahresgutachten vorgelegt. Darin stellt er der Haushaltspolitik der neuen Bundesregierung ein verheerendes Zeugnis aus und kommt zu dem Schluss, dass die "Steuersenkungsversprechen ohne solide Gegenfinanzierung mit einer seriösen Finanzpolitik nicht vereinbar" sind und dass die Koalitionsvereinbarung haushaltspolitisch "in jeder Hinsicht enttäuschend" ist. Im Gutachten werden die Steuersenkungen von CDU, CSU und FDP und die fehlende Konsolidierungsstrategie scharf kriti-

siert. Die Experten stellen auch fest, dass ohne harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben oder ohne Erhöhungen von Steuern oder anderen Abgaben eine Konsolidierung der staatlichen Haushalte nicht gelingen kann. Nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz bestätigt der Sachverständigenrat die von der SPD vorgetragene Kritik am Kurs der neuen Bundesregierung. Er sagte: "Dieses Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für die neue Bundesre-

gierung. Wir können es uns nicht leisten, finanzielle Mittel für die Herdprämie und Steuernachlässe für reiche Erben anstatt für Zukunftsinvestitionen zu verwenden. Schwarz-Gelb kann einfach nicht mit Geld umgehen."



Der Anteil der neuen Schulden an den Gesamtausgaben des Bundes steigt unter CDU/CSU und FDP auf einen neuen Rekord

Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede

Das ist das wesentliche Ergebnis der jüngsten Untersuchungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) über die Veränderungen der Ost-West-Unterschiede im Gesundheitsbereich. Das RKI untersucht seit 1991 im Rahmen seiner Gesundheitsberichterstattung regelmäßig diese Veränderungen. Im aktuellen Bericht "20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Wie hat sich die Gesundheit in Deutschland entwickelt?" kommt das RKI zu dem Schluss, dass es heute mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede beim Gesundheitszustand, dem Gesundheitsverhalten und der Gesundheitsversorgung in den alten und neuen Bundesländern gibt. Der vollständige Bericht ist auf der Homepage des RKI zu finden: <http://www.rki.de/>

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalen- der von Rolf Schwanitz:

- 5.1.2010, 19 Uhr, SPD-
Ortsverein Auerbach
- 6.1.2010, 11 Uhr, Eröff-
nung Pflegeberatungsstelle
in Plauen
- 11.-12.1.2010, Klausurta-
gung der Arbeitsgruppe
Haushalt in Berlin
- 15.1.2010, Klausurtagung
der SPD-Bundestagsfrak-
tion in Berlin
- 18.1.2010, 19 Uhr, SPD-
Bundestagsfraktion
- 19.-22.1.2010, 1. Lesung
des Bundeshaushalts
- 25.1.2010, 20 Uhr, SPD-
Landesgruppe Ost
- 26.1.2010, 10 Uhr, Arbeits-
gruppe Haushalt
- 27.1.2010, 14 Uhr, Haus-
haltsausschuss

Die nächsten Bürger- sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprech-
stunden von Rolf Schwa-
nitz nur nach individueller
Terminvereinbarung statt.
Anmeldungen können tele-
fonisch oder auf der Ho-
mepage von Rolf Schwa-
nitz vorgenommen wer-
den.

Altersteilzeit muss erhalten bleiben!

"Wir brauchen auch wei-
terhin flexible Instrumen-
te, damit die Wirtschaftsk-
rise nicht mit voller
Wucht auf dem Arbeits-
markt durchschlägt. Die
geförderte Altersteilzeit
hat sich als Beschäfti-
gungsbrücke für Jung und
Alt bewährt und muss des-
halb über das Jahresende
hinaus verlängert werden",
erklärte der SPD-Bundes-
tagsabgeordnete Rolf
Schwanitz zur Einbringung
des Gesetzentwurfs zur
Änderung des Altersteil-
zeitgesetzes durch die SPD
-Bundestagsfraktion. In
der gegenwärtigen Finanz-
und Wirtschaftskrise hat
sich der deutsche Arbeits-
markt als vergleichsweise
robust erwiesen. Mit Hilfe
der massiven Verbesserun-
gen bei der Kurzarbeit
konnten laut OECD
400.000 Arbeitsplätze ge-
rettet werden. Zwei Grup-
pen sind aber trotz der er-
folgreichen Anstrengungen
zur Beschäftigungssiche-
rung besonders betroffen:
Ältere Menschen über 50
und jüngere Menschen un-

ter 25 Jahren. "Beide
brauchen weiterhin die ge-
zielte Unterstützung durch
das Altersteilzeitgesetz",
forderte Schwanitz. "Wir
müssen den Personalab-
bau Älterer verhindern und
gleichzeitig den Berufsein-
stieg Jüngerer erleichtern."
Der Gesetzentwurf sieht
vor, dass die Förderung
der Altersteilzeit durch die
Bundesagentur für Arbeit
um fünf Jahre verlängert
wird. Diese Verlängerung
stellt sicher, dass für alle
derzeit über 50jährigen ei-
ne mit Mitteln der Arbeits-
förderung geförderte Al-
tersteilzeit in Betracht
kommt. Ältere Arbeitneh-
mer können auf dieser
Rechtsgrundlage mit Errei-
chung des 55. Lebensjah-
res ihre Arbeitszeit min-
dern und damit die Einstel-
lung eines sonst arbeitslo-
sen Arbeitnehmers ermög-
lichen. Für Unternehmen
wird ein Anreiz geschaffen,
an Beschäftigungsverhält-
nissen mit über 50jährigen
festzuhalten und jungen
Nachwuchskräften eine
Perspektive zu bieten.

Freche Strolche



He Maxe, lange nischt von Dir
gehört. Warst wohl schwer uff
Achse?

Klar Moritz, un itze och noch
der Feiertagsstress!

Apropos Maxe: Haste diesjahr
scho Dei Wunschzettel zu
Weihnachten gemacht?

Klar Moritz. Diesjahr wünsch
ich mer e Hotel!

Bescheiden biste wohl garnich!
Was willst'n Du mit e Hotel Ma-
xe?

Des is doch net für miich. Ich
wills doch bloß weschn dem
schnelle Wachstum Moritz.

Was'n füre Wachstum Maxe?

Na de Schwarz-Gelbe ham doch
e Wachstumsbeschleunigungs-
gesetz beschlosse, Moritz. Un
wenn ich nu soe Hotel hätt
wies Domero in Plauue oders
Adlon in Berlin, dann kriech ich
fürs Wachstum de Mehr-
wertsteuer gesenkt.

Maxe, Du hast wohl immer
noch nisch kapiert, dass de
Schwarz-Gelbe für Dich armen
Schlucker keene Gesetze ma-
chen!

Aber Moritz, des hat ja nu jeder
mitgekrischt. Desderweschn
setz ich doch nu uffn Weih-
nachtsmann.

